

ZUR SITUATION AN DER THAILÄNDISCH-BURMESISCHEN GRENZE

Am 15. Juni 2010 hat das UNHCR die neusten Flüchtlingszahlen veröffentlicht: 2009 waren weltweit 43.3 Millionen Menschen auf der Flucht. Es handelt sich dabei um die höchste Zahl seit Mitte der Neunzigerjahre. 15.2 Millionen dieser Menschen sind Flüchtlinge, eine knappe Million Personen suchen in einem fremden Land Asyl und 27.1 Millionen sind Binnenflüchtlinge im eigenen Land. Den grössten Flüchtlingsstrom in Südostasien verzeichnet Burma.

BINNENFLÜCHTLINGE

Offizielle Statistiken sind nicht verfügbar, aber Schätzungen sprechen von bis zu zwei Millionen Binnenflüchtlinge in Burma. Die grosse Mehrheit dieser Personen gehört ethnischen Minderheiten an. Human Rights Watch berichtet, dass allein im Jahr 2008 im Karen- und im Shan-Staat (auf burmesischem Gebiet) 40'000 Personen vertrieben worden sind. Im vergangenen Sommer drängten zudem aufgrund einer neuen burmesischen Offensive so viele Karenflüchtlinge über die grüne Grenze nach Thailand wie schon seit Jahren nicht mehr.

Oft bleiben Binnenflüchtlinge in der Nähe von Konfliktzonen im Kreuzfeuer gefangen und riskieren, von den verschiedenen Kriegsparteien als menschliche Schutzschilder oder Zielscheiben benutzt zu werden. Binnenflüchtlingen steht kein international anerkanntes rechtliches Instrument zur Verfügung, wie dies bei Flüchtlingen der Fall ist.

FLÜCHTLINGE IN THAILAND

Gemäss dem Thai Burmese Border Consortium (TBBC) lebten per Ende Oktober 2009 108'000 beim UNHCR offiziell registrierte Flüchtlinge in den neun Flüchtlingslagern entlang der thailändisch-burmesischen Grenze.

Thailand hat das seit 1951 geltende Abkommen zum Status von Flüchtlingen nie unterschrieben und besitzt auch kein Gesetz in Bezug auf Flüchtlinge. Die thailändische Regierung erklärt, dass "Personen, die vor Kampfhandlungen fliehen müssen" auf thailändischem Boden leben dürfen, solange sie sich in einem Flüchtlingslager aufhalten. Die Bewegungsfreiheit dort ist extrem eingeschränkt, da Flüchtlinge und Asylsuchende eine schriftliche Bewilligung benötigen, um das Lager verlassen oder betreten zu dürfen.

Internationale NGOs spielen eine entscheidende Rolle bei der Versorgung der Flüchtlinge in den Lagern mit Nahrungsmitteln, Wasser, sanitären Anlagen, Grundsausbildung und medizinischer Grundversorgung.

Die internationale Gemeinschaft hat in den letzten Jahren eingesehen, dass die Situation in Burma eine freiwillige Rückkehr der Flüchtlinge nahezu verunmöglicht und dass Alternativen gesucht werden müssen zum langjährigen Eingesperrtsein in den Lagern. Die thailändische Regierung sowie die UNO haben daher neue Richtlinien verfasst, die Flüchtlingen den Zugang zu Ausbildung und Berufstraining ermöglichen.

Im Moment besuchen ungefähr 30'000 Kinder und Jugendliche den Unterricht in einem der Flüchtlingslager entlang der thailändisch-burmesischen Grenze. Die Ausbildung ist gratis. Die Lehrpersonen sind jedoch meistens selbst Flüchtlinge und oft nicht genügend ausgebildet.

Ungefähr 200 junge Menschen schliessen pro Jahr die Sekundarschule ab. Einige von ihnen haben die Möglichkeit, ihre Ausbildung in einem von NGOs finanzierten Programm für höhere Ausbildung weiterzuführen. Einige wenige dürfen das Lager verlassen und Trainings zu Themen wie «Menschenrechte» oder «Medien» in Chiang Mai oder Mae Sot besuchen. Die meisten haben jedoch keine Chance auf eine Fortführung ihrer Ausbildung und arbeiten anschliessend im Lager als Lehrpersonen oder im Gesundheitswesen.

ZUR BEVÖLKERUNG UND GESCHICHTE VON BURMA

Da es keine verlässlichen offiziellen Statistiken gibt, kann sowohl die Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner wie auch die ethnische Zusammensetzung der Bevölkerung Burmas nur geschätzt werden. Die Burmesen machen ungefähr zwei Drittel der geschätzten 45-55 Millionen EinwohnerInnen aus, über hundert ethnische Gruppen bilden den Rest.

Die «ethnische Frage» ist untrennbar mit der Geschichte Burmas verbunden und bildet den Kern der seit langem andauernden politischen, sozialen und humanitären Krise. Unter britischer Kolonialherrschaft (1826–1948) wurde die politische und wirtschaftliche Entwicklung der verschiedenen Volksgruppen Burmas unterschiedlich vorangetrieben. Die Beziehungen verschlechterten sich zusätzlich während des Zweiten Weltkrieges, als gewisse ethnische Minderheiten gegenüber den Briten loyal blieben, während sich andere gegen die Kolonialherrschaft auflehnten. Im Vorfeld der unter turbulenten Umständen erlangten Unabhängigkeit von 1948 wurden viele Probleme in Bezug auf soziale und politische Rechte, territoriale Aufteilung sowie hinsichtlich der Auswirkungen des Krieges nie abschliessend gelöst. Seither halten bewaffnete Konflikte in verschiedenen Landesteilen an, wo ethnische Minderheiten gewaltsam für mehr Autonomie oder Unabhängigkeit kämpfen. Nach einer kurzen demokratischen Phase bis 1962 wird Burma seither von verschiedenen Militärregimes kontrolliert.

KAREN

Die drittgrösste ethnische Gruppe nach den Burmanen und den Shan sind die Karen. Sie stammen aus Zentralasien und bewohnen die Regionen des südlichen Burmas. Die Mehrheit lebt im Irrawaddy-Delta und in den Grenzregionen zu Thailand. Die meisten Karen sind Buddhisten, aber ungefähr ein Drittel ist während oder im Anschluss an die britische Herrschaft zum Christentum konvertiert. Geisterverehrung ist vor allem in den Bergregionen noch üblich.

Die Karen wehren sich seit Langem gegen die burmesische Junta und verlangen je nach Splittergruppe Selbstbestimmung oder die Unabhängigkeit. Über die letzten Dekaden wurde das Volk aber von internen Konflikten zwischen rivalisierenden Gruppen aufgerieben. Es gibt zwar ein Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung, dennoch entstehen immer wieder Konfliktherde und neue Gefechte finden statt. Karen sind besonders häufige Opfer von Zwangsumsiedlungen und Arbeitsprogramme der burmesischen Militärs.

(Karen finden sich auch in Thailand. Für unsern Film wählten wir die Umgebung eines thailändischen Karendorfes in den Wäldern ausserhalb von Chiang Mai, und die Dorfbewohner wurden angefragt, als Statisten des Flüchtlingslagers mitzuwirken. Viele von ihnen sprachen nur Karen und also kein Thai, so dass die Kommunikation eine echte Herausforderung war und nur mittels mehrfachem Übersetzen gelang.)

MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Obwohl Burma mehrere der wichtigsten internationalen Menschenrechtsverträge unterzeichnet hat, werden die grundlegendsten zivilen und politischen Rechte in Burma nicht anerkannt. Berichte internationaler Menschenrechtsorganisationen führen immer wieder detaillierte Listen grauenvollster Menschenrechtsverletzungen auf, die in Burma an der Tagesordnung sind, vor allem gegenüber ethnischen Minderheiten.

Seit ihrer Machtübernahme 1962 versucht die Armee, die ethnischen Minderheiten zu unterdrücken und die rebellendominierten Grenzgebiete unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Strategie hat sowohl militärische als auch ethnische Dimensionen: Es werden nicht nur Minderheitengemeinschaften zerstört und ihre Fähigkeit, Widerstand zu leisten, geschwächt, sondern es wird damit auch die staatsgesponserte „Burmanisation“ ermöglicht, bei der die Kulturen, Geschichten und politischen Aspirationen der Minderheiten zugunsten einer nationalen Identität eliminiert werden. Das burmesische Regime sieht sämtliche ethnische Minderheiten als potentielle Bedrohung der Sicherheit.

So sind ethnische Minderheiten regelmässig Missbräuchen wie Zwangsarbeit, Zwangsumsiedlung willkürlichen Exekutionen, Folter, Vergewaltigung und Verhaftungen ohne Gerichtsverfahren in besonders starker Form ausgesetzt.

ZWANGSARBEIT

Die burmesische Armee zwingt täglich Tausende Männer, Frauen, Kinder und auch alte Menschen zu harter Fronarbeit. Sie werden eingesetzt für Bauarbeiten, den Unterhalt von Strassen und Eisenbahnsystem, als Laufboten für Truppen oder bei der Bewirtschaftung von Feldern, welche die Armee von Bauern konfisziert hat.

Am schlimmsten dran sind Trägerinnen und Träger der Armee. Sie müssen schwere Ladungen von Munition über weite Distanzen in die Berge schleppen, oftmals durch Kampfzonen hindurch. Halb verhungert und geschlagen, müssen die TrägerInnen in mit Landminen versehenen Gegenden vor den Soldaten hergehen oder dienen als menschliche Schutzschilder während Gefechten.

Es brauchte Jahre, bis die Junta zugab, dass es in Burma zu Zwangsarbeit kommt. Das Militär liess verlauten, es habe Befehle erlassen, auf Zwangsarbeit zu verzichten, könne jedoch nicht versichern, dass sich die Soldaten in den niedrigen Rängen auch wirklich daran hielten. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat detailliert aufgezeigt, in welchem gewaltigem Ausmass die Junta Zwangsarbeit einsetzt. Wiederholte Versuche, von der Junta bindende Zusagen für einen Stopp sämtlicher Zwangsarbeit zu bekommen, scheiterten.

MAE-TAO-KLINIK

Eine äusserst wichtige Institution ist die Mae Tao Clinic, die von Dr. Cynthia Maung, gegründet wurde. Maung floh 1988 aus Burma nach Thailand und begann dort Landsleute, die Burma ebenfalls verlassen mussten, medizinisch zu behandeln.

Heute werden jährlich ungefähr 150'000 Personen entlang der thailändisch-burmesischen Grenze behandelt. Genau Zahlen sind schwierig zu errechnen, da die Bevölkerung in diesen Gebieten ständig

schwankt. Ungefähr 50% der Personen, die in der Klinik medizinische Versorgung benötigen, kommen aus der Region Mae Sot und sind Wanderarbeiter, die anderen 50% reisen über die Grenze aus Burma an.

Die medizinische Versorgung umfasst sowohl stationäre als auch ambulante Behandlungen. Für Kinder steht eine eigene Abteilung zur Verfügung. Seit 2001 verfügt die Klinik auch über eine Prothesenwerkstatt. 80% der Personen, die dort eine Prothese erhalten, sind Minenopfer.

Die Klinik bildet auch sog. „GesundheitsarbeiterInnen“ verschiedener ethnischer Minderheiten aus. Diese GesundheitsarbeiterInnen gehen als backpack doctors oder backpack medics („Rucksack-Sanitäter“) in die Grenzregionen und bieten dort der Bevölkerung medizinische Versorgung und Aufklärung (z.B. über Malaria) an. Teams von drei bis fünf Sanitätern sind zu Fuss unterwegs und tragen das gesamte benötigte Material mit sich mit. Personen aus der lokalen Bevölkerung helfen den Teams, ihre Arbeit zu koordinieren und das burmesische Militär zu umgehen. Die SanitäterInnen übernehmen zudem eine wichtige Rolle in der Forschung, indem sie Daten sammeln, um die Auswirkungen von Krieg und Menschenrechtsverletzungen auf die Zivilbevölkerung dokumentieren zu können.

LANDMINEN

Burma ist nach Afghanistan das Land in Asien, das am meisten Minenopfer aufweist. Sowohl die Regierung als auch bewaffnete Gruppen ethnischer Minderheiten setzen nach wie vor regelmässig und extensiv Landminen ein. Burma ist zudem eines der wenigen Länder, die noch immer Anti-Personen-Minen produzieren. Es hat den Minensperrvertrag nicht unterschrieben und gehört zu den 18 Ländern, die eine UNO-Resolution vom Dezember 2008 nicht unterstützte, die einen globalen Minensperrvertrag verlangte.

Der „Landmine Monitor Report 2009“ registrierte für die Zeit von 1999-2008 in Burma 2'325 Vorfälle (175 Todesfälle, 2002 Verletzte, in 148 Fällen ist der Ausgang unklar). Die Zahl nicht-registrierter Vorfälle dürfte massiv höher liegen; Schätzungen gehen davon aus, dass pro Jahr ungefähr 1'500 Personen zu Minenopfern werden.

Zivilpersonen werden auf zwei Arten zu Minenopfern: Einerseits werden sie als lebende Minendetektoren eingesetzt, indem sie gezwungen werden, vor den Armee-Einheiten durch ein mutmasslich minenverseuchtes Gebiet herzugehen. Zudem wird von ihnen auch verlangt, Minen zu entfernen – ohne dass sie das nötige Know-How resp. Material dazu besitzen. Andererseits laufen sie stets Gefahr, irgendwo auf eine Mine zu treten. Mehr als 14 Prozent aller Minenopfer traten auf eine Landmine, die sich innerhalb eines halben Kilometers vom Zentrum ihres Dorfes befand.

Die Regierung setzt in den Gebieten, in denen ethnische Minderheiten leben, bewusst Minen mit dem Ziel ein, die Materialzuliefer- und Fluchtwege abzuschneiden. Auch wenn ein Dorf geräumt und die BewohnerInnen zu einer Umsiedlung gezwungen werden, arbeitet die Armee mit Minen, um sicherzustellen, dass die BewohnerInnen nicht zurückkehren. Des Weiteren werden entlang der Landesgrenzen gezielt Minen gesetzt, um Personen daran zu hindern, aus dem Land zu flüchten.

MALARIA

Malaria ist weit verbreitet in tropischen und subtropischen Gebieten, gehört zu den häufigsten Infektionskrankheiten und stellt ein riesiges Problem für das Gesundheitswesen dar. Mehr als 40% der Weltbevölkerung läuft permanent Gefahr, sich mit Malaria zu infizieren und jedes Jahr leidet ca. 10% der Weltbevölkerung an dieser Krankheit. Diese Zahlen nehmen infolge sich verschlechternden Gesundheitssysteme, wachsender Medikamenten- und Insektizidresistenzen, Klimaveränderungen und Kriegen stetig zu. Eine bis drei Million Menschen sterben jährlich an der Krankheit, d.h. alle dreissig Sekunden eine Person. Am schwersten betroffen sind Kinder in der Sub-Sahara.

Beinahe die Hälfte aller Infektionen in Asien ereignen sich in Burma, wo Malaria eine der Hauptkrankheiten und -todesursachen ist. Gemäss neusten Zahlen leben 90% der Bevölkerung in Hochrisikoregionen, was häufig zu Epidemien führt. Am schwersten betroffen sind Kinder unter fünf Jahren sowie Schwangere und Binnenflüchtlinge.

INTERNATIONALE GEMEINSCHAFT

Obwohl sich die internationale Gemeinschaft einig ist, dass es dringend politische Reformen braucht in Burma, gab es bis Anhin keine Einigung darin, mit welchen Massnahmen dies erreicht werden soll.

Die Länder im Westen inklusive USA und EU setzen auf die Isolierung des Regimes und stellen eine zukünftige Zusammenarbeit in Aussicht unter der Bedingung politischer Liberalisierung. Die meisten asiatischen Länder hingegen unterstützen wirtschaftliche und andere Formen der Zusammenarbeit mit den Machthabern der Junta. China spielt dabei eine wichtige Rolle als Hauptunterstützung des Landes.

Die burmesische Militärführung stösst die internationale Gemeinschaft regelmässig vor den Kopf. So hat das Militär einen internationalen Aufschrei ausgelöst, als es im Herbst 2007 die Demonstrationen der so genannten Safranrevolution brutal niederschlug. Die Fassungslosigkeit der Welt steigerte sich zusätzlich im Mai 2008, als das Regime, nachdem der Zyklon Nargis das Irrawaddy-Delta total verwüstet hatte, sämtlichen humanitären Hilfsorganisationen den Zugang zum Land verweigerte und die geplante Abstimmung über eine neue Verfassung durchführte.

Die Situation in Burma wird jährlich beim Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) sowie an der Generalversammlung der Vereinten Nationen diskutiert. Seit 1991 wurden sukzessive Resolutionen erlassen, welche die Übergabe der Macht an die demokratisch gewählten VolksvertreterInnen, die Wiederherstellung der Demokratie und die Beachtung der Menschenrechte fordern. Bedenken bezüglich mangelnder politischer und ziviler Rechte waren dabei lange vorherrschend, im April 2000 rief eine UNHCR-Resolution aber auch zur Wiederherstellung sozialer und wirtschaftlicher Rechte auf. Seit 1992 ist ein eigens dafür eingesetzter Berichterstatter damit beauftragt, die Vereinten Nationen über die Menschenrechtssituation sowie die Fortschritte hinsichtlich Demokratie auf dem Laufenden zu halten.

Die Militärjunta in Burma, die das Land seit 46 Jahren diktatorisch regiert, gab 2008 bekannt, dass es im Jahre 2010 eine demokratische Mehrparteien-Wahl geben werde. Sie soll noch diesen Herbst stattfinden. Die demokratischen Parteien bezweifeln allerdings, ob es zu echten und wirklich freien Wahlen kommen wird.